

II-5657 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
 des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

B M  
W F

2472/AB

GZ 10.001/61-Parl/92

1992-04-24

zu 2490 IJ

Herrn Präsidenten  
 des Nationalrates  
 Dr. Heinz FISCHER  
 Parlament  
 1017 Wien

Wien, 23. April 1992

MINORITENPLATZ 5  
 A-1014 WIEN  
 TELEFON  
 (0222) 531 20-0  
 DVR 0000 175

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2490/J-NR/1992, betreffend Attraktivität Österreichs für internationale Institutionen, die die Abgeordneten SCHMIDTMEIER und Genossen am 27. Februar 1992 an mich gerichtet haben, bühre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Welche Strategien und Hilfestellungen gibt es in Ihrem Res sort, um internationale Organisationen und Institutionen nach Österreich zu bringen?

Antwort:

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung besitzt traditionsbedingt eine langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet. Neben inhaltlichen Kriterien und der Frage der Einbindung in die heimische Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist das Ausmaß der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel von ausschlaggebender Bedeutung. Zu diesem Zweck wurde 1992 unter dem Ansatz 1/14188/43/7284 ein Betrag von S 10 Mio. veranschlagt.

- 2 -

- 2. Mit welchen Organisationen bzw. Institutionen werden von Seiten Ihres Ressorts diesbezüglich derzeit konkrete Gespräche geführt?**

**Antwort:**

Für den Bereich Forschung und Entwicklung sieht das Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien vor, zumindest eine internationale tätige Großforschungseinrichtung nach Österreich zu bringen. Nach einschlägigen Vorarbeiten meines Ressorts hat der Ministerrat am 3. März 1992 (Zl. 352.240/6-I/6/92) meinem Antrag auf Einsetzung eines Ministerkomitees zur abschließenden Behandlung der vorgelegten Vorschläge zugestimmt. Diese sehen die Errichtung von Forschungseinrichtungen aufgrund österreichischer Initiative mit internationaler Beteiligung vor (siehe Beilage).

- 3. Bei welchen internationalen Organisationen, Institutionen bzw. Vereinen sehen Sie Chancen, deren Sitz nach Österreich bringen zu können?**

**Antwort:**

Derzeit werden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung konkrete Schritte unternommen, um zur Förderung der internationalen Forschungskooperation im mitteleuropäischen Raum Sekretariate zur administrativen Betreuung und Koordination einzurichten (Projekt "Blue Danube" sowie Projekt "Centres of Excellence" der Hexagonale).

- 4. Welche derartigen Institutionen konnten aufgrund konkreter Aktivitäten Ihres Ressorts in dieser Legislaturperiode in Österreich angesiedelt werden?**

- 3 -

Antwort:

Konkrete Abschlüsse liegen noch nicht vor.

Beilage

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Wolfgang Schüssel".

*Beilage*

BUNDESMINISTERIUM FÜR  
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 4354/6-23/92

Internationale Großforschungseinrichtung  
mit Sitz in Österreich;  
Antrag auf Einsetzung eines Ministerkomitees ~

**VORTRAG AN DEN MINISTERRAT**

Die Bundesregierung hat in ihrer Erklärung vor dem Nationalrat vom 18.12.1990 in Kapitel "Wissenschaft und Forschung in der Welt von morgen" ausgeführt: "Wissenschaft und Forschung in der Welt von morgen sind eng verbunden mit Internationalität und internationale Forschungskooperation." Im Folgenden hat die Bundesregierung sodann weiters festgehalten: "In diesem Zusammenhang wird sich die Bundesregierung auch bemühen, eine international tätige Großforschungseinrichtung nach Österreich zu bringen."

In Erfüllung der Regierungserklärung und zur weiteren Beratung in der Angelegenheit einer Ansiedlung einer international tätigen Großforschungseinrichtung in Österreich wurde seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung der "Österreichische Rat für Wissenschaft und Forschung" in seiner Sitzung vom 5. April 1991 mit dieser Materie befaßt und eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingerichtet, Vorschläge für eine internationale Großforschungseinrichtung zu evaluieren, weiterführende Anregungen zu erstellen, den "Österreichischen Rat für Wissenschaft und Forschung" in dieser Angelegenheit zu beraten und Empfehlungen für die weitere Vorgangsweise auszusprechen, die einer Entscheidungsfindung dienen. Zur Vorbereitung weiterer Schritte trat die Arbeitsgruppe "Internationale Großforschungseinrichtungen mit Sitz in Österreich" an die Proponenten der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Vorschläge mit dem Ersuchen heran, hierzu vertiefende Studien zu erstellen.

- 2 -

Der von einer hochrangigen internationalen Expertengruppe ausgearbeitete Vorschlag zur Errichtung eines internationalen Instituts auf dem Gebiet der mathematischen Physik ("Internationales Erwin Schrödinger Institut für Mathematische Physik") als einer Forschungs- und Begegnungsstätte für Wissenschaftler aus Ost- und Westeuropa wurde nach einer positiven Empfehlung der Arbeitsgruppe sowie dem positiven Votum des "Österreichischen Rates für Wissenschaft und Forschung" seitens des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung einer weiteren Erledigung und ehebaldigen Realisierung zugewiesen.

Gleichermaßen wurde ein von österreichischen Wissenschaftern gemachter Vorschlag zur Errichtung eines "Internationalen Forschungsinstituts für Kulturwissenschaften" als für die Fort- und Weiterentwicklung der Geistes- und Kulturwissenschaften in Österreich sowie deren Stimulierung durch internationale Aktivitäten seitens des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung als wichtig und vordringlich bezeichnet und eine ehebaldige Realisierung des Vorhabens durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Aussicht gestellt.

Beide genannten Initiativen sind aufgrund ihrer Gesamtstruktur nicht direkt in die Kategorie einer Großforschungseinrichtung einzuordnen und werden daher als Initiative des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung weiter behandelt werden.

Der Fortschritt auf den Gebieten der Naturwissenschaften und der Technik ist in den letzten Jahrzehnten eng mit internationalen Kooperationen verbunden. Ein wesentlicher Teil bedeutender wissenschaftlicher Arbeiten sind an großen nationalen und internationalen Forschungszentren durchgeführt und wesentliche Fortschritte auf technologischem Gebiete sind dadurch erzielt worden. Internationale Großforschungseinrichtungen und internationale Projekte sind Treffpunkte für führende Wissenschaftler aus aller Welt und darüberhinaus auch von allgemeiner und nicht zuletzt auch wirtschaftlicher Bedeutung für das Gastland.

- 3 -

Österreich hat sich bisher unter Aufbietung beträchtlicher finanzieller Mittel außerhalb Österreich und vor allem im europäischen Bereich mit Erfolg an verschiedenen wissenschaftlichen Großforschungseinrichtungen im Rahmen von bilateralen und internationalen Abkommen finanziell und personell beteiligt.

In Anbetracht der europäischen Entwicklung und vor allem auch im Hinblick auf die neuen politischen Gegebenheiten in den nördlichen und östlichen Nachbarstaaten Österreichs ist es ein Gebot der Stunde im Hinblick auf die zu erwartenden wissenschaftlichen und technischen Strukturen in Europa die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im europäischen Rahmen weiter zu steigern.

Die Errichtung einer Internationalen Großforschungseinrichtung in Österreich auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Forschung und der angewandten technischen Forschung wäre neben seiner europäischen Dimension ein wichtiges Signal einer zukunftsorientierten Forschungs- und Technologiepolitik.

Im Sinne der Erklärung der Bundesregierung sich zu bemühen, eine international tätige Großforschungseinrichtung in Österreich anzusiedeln, wurden seitens der genannten Arbeitsgruppe und des "Österreichischen Rates für Wissenschaft und Forschung" zwei dem Gebiet der Naturwissenschaften und der Technik zuzuordnende Vorschläge beraten und vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Aufträge zur Erstellung von Studien als Grundlage für weitere Entscheidungsfindungen vergeben; diese Studien liegen nunmehr dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vor.

Es sind dies:

Vorschlag für ein Europäisches Zentrum für Wissenschaft und Technologie auf dem Gebiet der Kristallzucht in Österreich "EUROCRYST"

Die dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nunmehr vorliegende Studie schlägt die Schaffung eines Europäischen Zen-

- 4 -

trums für Wissenschaft und Technologie auf dem Gebiet der Kristallzucht in Österreich vor und analysiert die Schaffung eines solchen Zentrums sowohl von seinen wissenschaftlichen wie auch seinen ökonomischen Voraussetzungen her.

Die mechanischen, optischen, elektrischen, magnetischen, thermischen sowie weitere Eigenschaften von festen Körpern werden in letzter Konsequenz aufgrund der chemischen Zusammensetzung und des atomaren Aufbaus ihrer Konstituenten bestimmt. Der kristalline Zustand der Materie ist dabei durch ein regelmäßiges periodisches Arrangement der Atome, Ionen oder Moleküle bestimmt. Wegen der Wirkung auch kleinstster Störungen des periodischen Arrangements durch die vorgenannten Eigenschaften ist die Kontrolle der chemischen Zusammensetzung, des Reinheitsgrades und der Perfektion der periodischen Anordnung der den Kristall konstituierenden Atome oder Moleküle eine Grundvoraussetzung für entsprechende physikalische Effekte und Eigenschaften, die eine technische Nutzung erst ermöglichen. Das Verstehen und die Kontrolle des Kristallwachstums sind daher für vielfältige wissenschaftliche und technologische Entwicklungen von vorrangiger Bedeutung. Besonders wichtig ist es in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kristallzucht die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung in einzigartiger Weise in Verbindung setzen. Die derzeit laufenden vielfältigen Aktivitäten auf dem Gebiet der Kristallzucht sind trotz großer Anstrengungen insbesondere in den Industrieländern von lokalen Ressourcen abhängig und in weiterer Folge zum Teil unkoordiniert und in ihren Wirkungen begrenzt. Es gibt derzeit kein europäisches Forschungszentrum auf diesem Gebiet, das die gesamten Aktivitäten zu konzentrieren vermag und Operationen zwischen bereits existierenden europäischen Labors koordiniert. Die Begründung eines derartigen Forschungszentrums mit europäischer Dimension erscheint daher besonders wünschenswert. Das Gebiet der Kristallzucht hat typischen interdisziplinären Charakter und verlangt nach einer Kooperation zwischen Wissenschaftern sehr verschiedener Disziplinen aus Wissenschaft und Technologie. Durch die Schaffung eines Forschungs-

- 5 -

zentrums lassen sich hier besondere synergistische Effekte erwarten. Kristallzucht ist dabei untrennbar mit den wissenschaftlichen Methoden der Charakterisierung des kristallinen Materials verbunden. Die Zahl analytischer Techniken, die in diesem Zusammenhang Verwendung finden, ist besonders groß und derzeit kaum an einem Ort vereint. Ein wesentliches Ziel des Vorschlags besteht darin, sowohl die Techniken der Kristallzucht wie auch die verschiedenen wissenschaftlichen Charakterisierungsmethoden unter einem Dach zu vereinen. Österreich sollte aufgrund seiner zentralen Lage in Europa und seiner historischen Verbindungen gute Voraussetzungen für eine Lokation mitbringen. Ein weiteres wichtiges Charakteristikum dieses Vorschlags stellt der starke industrielle Bezug der Aktivitäten von EUROCRYST dar.

An Investitionskosten werden seitens der Proponenten öS 3,12 Milliarden genannt. Die laufenden jährlichen Kosten werden mit ca. öS 745 Mio. angegeben.

#### Vorschlag für ein Interdisziplinäres Forschungszentrum "AUSTRON"

Im Verlaufe des Jahres 1991 fanden unter österreichischen Wissenschaftlern vorläufige Beratungen über ein in Österreich zu errichtendes internationales Beschleunigerzentrum im Bereich der physikalischen Grundlagenforschung und angewandten Forschung statt. Bei einem Treffen der Arbeitsgruppe am CERN im Oktober 1991 sprach sich eine Expertengruppe in Vertretung von mehr als 50 Instituten der Mitgliedsländer der "Hexagonale" und Westeuropas für die Errichtung einer auf den österreichischen Vorschlägen basierenden Neutronenspallationsquelle aus. Diese der Produktion von Neutronen zur Untersuchung der Eigenschaften der kondensierten Materie dienende Forschungseinrichtung soll auf einem schnellen Protonensynchrotron mit einer Protonenenergie zwischen 0,8 und 1,5 GeV beruhen. Die wesentliche Bedeutung einer solchen Forschungseinrichtung liegt in der interdisziplinären Nutzung der Neutronenspallationsquelle für Strukturanalysen der verschiedensten Gebiete wie

- 6 -

Festkörperphysik, Chemie, Biomedizin sowie für zahlreiche technologische Anwendungen, wobei die Mehrheit der Interessenten aus Disziplinen außerhalb der Physik zu erwarten ist.

Zudem scheint es möglich, die in der Studie nunmehr vorgeschlagene Variante eines von einem 70 MeV LINAC gespeisten Protonensynchrotron mittels kleinerer zusätzlicher Einrichtungen als Beschleuniger für leichte Ionen zu betreiben. Dadurch wäre der Zugang zu Grundlagenstudien über Strahlenschädigungen und Krebs-Strahlentherapie im Rahmen des AUSTRON-Projektes eröffnet, wie sie auch im Rahmen des EG-Programmes EULIMA vorgeschlagen werden.

Im Zuge der von italienischer Seite im Rahmen der "Hexagonalen Initiative" ventilierter Vorstellungen auf Errichtung von "Centers of Excellences" in den Ländern der Hexagonale auf den Gebieten der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung sowie des Computings wurde von italienischer Seite anlässlich der im Juni 1991 in Dubrovnik stattgefundenen Tagung der Hexagonale Arbeitsgruppe "Science and Technology" AUSTRON als Kooperationsthema in die "Hexagonale-Initiative" eingebunden.

Die Gesamtkosten für den Bau von AUSTRON werden von internationa- len Experten auf ca. öS 3 Milliarden geschätzt. Eine grobe Schätzung der jährlichen laufenden Kosten ergab öS 220 Millionen.

Im Zusammenwirken der Bundesministerien für Wissenschaft und For- schung, für Finanzen, für auswärtige Angelegenheiten, für wirt- schaftliche Angelegenheiten und des Bundeskanzleramtes wären die mit dem Vorhaben einer allfälligen Gründung einer Großforschungs- einrichtung in Österreich zusammenhängenden wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, technologiepolitischen, internationalen sowie übergeordneten staatlichen Angelegenheiten mit dem Ergebnis zu beraten, eine Empfehlung bezüglich einer mit Sitz in Österreich zu begründenden Großforschungseinrichtung auszusprechen.

Motiv und Ziel der Einsetzung eines Komitees, bestehend aus den genannten Ministerien und dem Bundeskanzleramt, ist die Abklärung der österreichischen Haltung bezüglich einer auf Grundlage der vorgelegten Vorschläge basierenden Gründung einer Großforschungseinrichtung in Österreich mit dem weiterführenden Ziel, europäische Staaten für diese österreichische Initiative zu gewinnen sowie die Erstellung eines Ergebnisberichts.

Der Ergebnisbericht dient der innerösterreichischen Entscheidungsfindung und ist Grundlage für weiterführende internationale Verhandlungen zur Vorbereitung einer allfälligen Realisierung einer Internationalen Großforschungseinrichtung mit Sitz in Österreich.

Über dem Ergebnisbericht wäre sodann dem Ministerrat bis spätestens Ende September des laufenden Jahres zu berichten.

Im Falle einer positiven Entscheidung für das eine oder andere derzeit in Rede stehende Projekt seitens des nunmehr einzusetzenden Komitees wird der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und in Absprache mit dem Bundesminister für Finanzen alle geeigneten weiteren Schritte zur Errichtung und insbesonders zur internationalen Finanzierung einer in Österreich zu errichtenden Großforschungseinrichtung ergreifen.

In Würdigung des Charakters und des Umfangs der im naturwissenschaftlichen Bereich vorgeschlagenen beiden Großforschungseinrichtungen "EUROCRYST" und "AUSTRON" und unter Bedachtnahme auf die bisher seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung erfolgten Aktivitäten, sowie im Hinblick auf die Notwendigkeit einer raschen und zielführenden Entscheidungsfindung hinsichtlich einer allfälligen Realisierung der nunmehr dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vorliegenden beiden Vorschläge hält es das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für dringend geboten, ein Komitee bestehend aus Vertretern des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, des Bundes-

- 8 -

ministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundeskanzleramtes zur Vorbereitung einer Entscheidungsfindung für eine allfällige Realisierung der obgenannten Vorschläge einzusetzen.

In diesem Zusammenhang wären Beratungen hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten und insbesonders der Möglichkeiten einer Finanzierung der genannten Vorhaben auf der Ebene der genannten Ministerien, sowie weiters im Hinblick auf den internationalen Charakter der genannten Forschungseinrichtungen und deren Internationalisierungen erste Sondierungen auf diplomatischem Wege einzuleiten, vor allem um die Bereitschaft zur Mitfinanzierung europäischer Länder, sowie insbesonders im Falle von AUSTRON eine solche im Rahmen der Hexagonale-Initiative zu ergründen.

Im Hinblick auf die Einbindung des "AUSTRON"-Projekts in die Hexagonale-Initiative und mit Bezug auf den internationalen Charakter der in Rede stehenden Forschungseinrichtungen sowie im Hinblick auf die Abklärung von Interessen anderer europäischer Länder am Österreichischen Bemühen, eine Großforschungseinrichtung in Österreich zu begründen, wird seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung die Einbindung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in die weiteren Beratungen für erforderlich erachtet.

Mit Bezug auf die Erklärung der Bundesregierung vor dem Nationalrat und die dort ausgesprochene Absicht, eine internationale tätige Großforschungseinrichtung nach Österreich zu bringen, und in Würdigung der Bedeutung einer Großforschungseinrichtungen für die weitere wissenschaftliche und technologische Entwicklung in Österreich sowie im Hinblick auf eine zügige Weiterführung der begonnenen Arbeiten zur Entscheidungsfindung hinsichtlich einer Ansied-

- 9 -

lung einer Großforschungseinrichtungen in Österreich, stelle ich sohin den

nachstehenden A n t r a g,

die Bundesregierung wolle ein Komitee unter dem Vorsitz des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung bestehend aus Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten mit dem Auftrag einsetzen:

1. die Vorschläge "EUROCRYST" und "AUSTRON" eingehend zu beraten,
2. deren Realisierungsmöglichkeit und Finanzierung, insbesonders auch im Hinblick auf die Internationalisierung der vorgeschlagenen Projekte unter Einschluß der Mitfinanzierung durch andere europäische Länder zu prüfen,
3. eine Empfehlung hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten der Projekte EUROCYST und AUSTRON abgeben sowie darüber einen Ergebnisbericht zu erstellen und
4. den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Wien, 22. Februar 1992

Der Bundesminister:

Dr. BUSEK